



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 885 890

P/XVI/161 - 20. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Übericht belast Moskau</u> Falsche Informationen über Massenflucht	48
2	<u>Portugal in der Bundesrepublik</u> Ein unverschämtes Schreiben	55
3	<u>Die letzten Vorbereitungen</u> Vor der Konferenz der "Blocklosen" Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	50
4	<u>Lektion für die FDP</u> Was die CDU in Rheinland-Pfalz unter "Koalition" versteht Von Lothar Schwarz, Mainz	56
5	<u>Verdiente Würdigung</u> Die Bundeswehr und der 20. Juli	32
6	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Entgleisungen</u> "National-Zeitung" Basel vom 16.7. 1961 zur Frankfurter CDU-Kundgebung	52

* * *
* * *

Ulbricht belügt Moskau

Falsche Informationen über Massenflucht

sp - Das dumme Gerede der offiziellen Leute in Pankow, die Massenflucht aus der Zone sei das Ergebnis eines von der Bundesrepublik mit Prämien ausgestatteten Menschenhandels, ist selbstverständlich gegenstandslos. Was die Gazetten der sowjetischen Besatzungszone darüber schreiben, ist nur insofern interessant, als es die Hilflosigkeit des Zonenregimes zeigt, das sowohl nach dem Westen wie auch nach dem Osten hin krampfhaft eine "Begründung" für das durch die Fluchtzahlen dokumentarisch belegte Versagen sucht. Selbstverständlich sind alle ostzonaler Behauptungen über angelegliche Abwerbung und Kopfpämien frei erfunden.

Über die wirklichen Gründe der Massenflucht ist man sich überall klar: die Menschen in der Zone haben nach 16 Jahren Unterdrückung Angst, dass sie durch einen separaten Friedensvertrag mit der Schaffung einer Staatsgrenze in Deutschland für absehbare Zeit keine Möglichkeit mehr haben würden, ihrem gegenwärtigen Schicksal auszuweichen. Die Hoffnung darauf hatte bisher viele Menschen in der Zone befähigt, dem physischen und moralischen Druck der Diktatur standzuhalten.

Die von Ulbricht als Begründung der Massenflucht herausgegebene "Sprachregelung" spiegelt mit ihrer Hysterie gerade jetzt den Versuch wider, Moskau über die Gründe des Versagens der SED-Führung in Deutschland weiterhin im unklaren zu halten.

Wir wissen, dass Moskau in letzter Zeit von oppositionellen Gruppen in der "DDR" sehr ausführlich darüber informiert wurde, wer in Mitteleuropa alles kompromittiert, was nach östlicher Auffassung mit dem Begriff "Sozialismus" bezeichnet wird. Die Oppositionellen von 1953 und 1956 sind wieder sehr aktiv geworden: sie haben über den Kopf von Ulbricht hinweg - oder hinter seinem Rücken - Mittel und Wege für eine realistische Information der Zentrale des Weltkommunismus über die Vorgänge in Deutschland gefunden.

Diese Informationen will Ulbricht durchkreuzen. Er beschuldigt die Bundesrepublik als Urheberin nicht nur der gegenwärtigen Versorgungskrise in der Zone, sondern auch als aktive Helferin bei der Massenflucht aus seinem Gewaltbereich. Er hofft auf diese Weise, die Opposition in seinen eigenen Reihen zu überspielen und Moskau durch falsche Informationen über die tatsächlichen Zustände in der Zone vor seinen eigenen Karren zu spannen.

Für die weitere Entwicklung dieses teuflischen Spiels, das der Ausdruck des Kampfes oppositioneller Gruppen im kommunistischen Lager ist, wird die Intelligenz und das politische Einfühlungsvermögen der Staatsführung der UdSSR entscheidend sein.

Wenn Moskau seine Politik auf die von Ulbricht zur Verfügung gestellten falschen Informationen aufbaut, sich also auch in Zukunft mit den Machthabern in Pankow solidarisieren sollte, trägt die sowjetische Staatsführung die volle Verantwortung für die Fehleinschätzung der wirklichen Vorgänge in Deutschland und die sich daraus auch für die anderen Staaten des Ostblocks ergebenden politischen Konsequenzen.

Portugal in der Bundesrepublik

sp - Die Botschaft von Portugal in Bonn hat vor einigen Tagen zahlreichen Zeitungsredaktionen und auch anderen Stellen eine "amtliche Note" mit der Bitte um "Erwähnung in Ihrer Zeitung" zugeleitet. Es handelt sich dabei um eine "amtliche Note des Außenministeriums der portugiesischen Regierung" vom 4. Juli 1961. Darin wird behauptet, dass seit einigen Wochen "einige internationale politische Kreise und bestimmte religiöse Sekten oder ausländische Missionsorganisationen eine Kampagne gegen Portugal in Hinsicht auf Angola eröffnet" hätten. Die portugiesische Botschaft meint, diese Kampagne werde

"von einigen ausländischen Persönlichkeiten beeinflusst, die sie aus persönlichen politischen Gründen in voreingenommener Ansicht wahrnehmen und ausschlichten."

Ferner: "Anschuldigungen hinsichtlich der barbarischen Unterdrückung (der farbigen Bevölkerung Angolas) entbehren jeglicher Grundlage."

Dem Schreiben der portugiesischen Botschaft in Bonn ist der Text einer vom portugiesischen Staatspräsidenten Salazar am 30. November 1960 in der Nationalversammlung gehaltene Rede beigelegt, die in ihrer Einleitung den bezeichnenden Satz enthält "In Zeitungen, Manifesten und Reden... fand ich jedoch nichts von dem, was mich zu wissen interessierte, nämlich, wie man sich das Problem (Angola) denkt und die allgemeine Linie seiner Lösung. ... und da die Diskussion (über Angola) anscheinend das Gebiet der Intelligenz verlassen hat, um in gewissen Regionen Stimmungen zu erzeugen, die einen Umsturz begünstigen, gibt es eigentlich niemanden, dem man antworten könnte."

Trotzdem "antwortet" Herr Salazar den Kritikern an der portugiesischen Angola-Politik, ohne jedoch mit einem einzigen Satz oder auch nur mit einem Wort die in der ganzen Welt inzwischen erhobenen Anschuldigungen konkret zu widerlegen. - Dagegen sagt derselbe Herr Salazar am Schluss seiner Rede vor dem Parlament:

"Es ist so leicht, Regierung zu sein, und so schwierig, zu regieren!"

In diesem Punkt gehen wir Herrn Salazar recht. Aber diese Zustimmung zu einer auch schon von anderen Regierenden getroffenen Feststellung enthebt uns nicht der Verpflichtung - die Bundesregierung hat das wahrscheinlich nicht nötig - mit aller Entschiedenheit Ton und Inhalt der von der portugiesischen Botschaft in Bonn an deutsche Publikationsorgane versandten Rechtfertigungsmaterialien zurückzuweisen. Wir bezeichnen es als eine Unverschämtheit, ohne Beweisführung die Behauptung aufzustellen, dass die Kritik an Portugals Angola-Politik "persönliche politische Motive" als Ausgangspunkt hat.

Wenn man sich heute in der freien Welt mit den Zuständen in Angola beschäftigt, dann geschieht dies nicht aus "persönlichen politischen Gründen", sondern weil in diesem Teil Afrikas im Namen einer europäischen Regierung wieder einmal etwas geschieht, was im Gegensatz zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen steht und die Glaubwürdigkeit der freien Welt bei den afrikanischen Völkern infrage stellt.

Um dieses Problem geht es. Wenn die Botschaft Portugals in Bonn Interesse daran hat, der sachlichen Aufklärung über die Vorgänge in Angola den Weg zu ebnen, dann soll sie diesen Versuch nicht mit der Versendung beleidigender Rundschreiben beginnen, sondern damit, dass sie freien Journalisten Zugang in Angola verschafft und diesen dort die Möglichkeit bietet, die Vorgänge an Ort und Stelle zu beobachten und darüber ohne Zensur zu schreiben. Dem Botschafter von Portugal in der Bundesrepublik empfehlen wir, seinem Regierungschef, Herrn Salazar, diesen Rat zu übermitteln.

Die letzten Vorbereitungen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

In diesem Jahr wird es die sonst übliche Sommerpause für die jugoslawische Politik nicht geben. Die Belgrad zugefallene Gastgeberrolle für die Konferenz der Staatsefs der blocklosen Länder erfordert nicht nur vorbereitende technisch-administrative, sondern auch verstärkte politische Aktivität.

In Kairo haben sich die Botschafter der 21 Länder nach einer Vielzahl von Sitzungen geeinigt, welche Staaten noch zusätzlich zu der Konferenz eingeladen werden sollen. Trotz der schon früher bestimmten Neutralitätskriterien fiel diese Entscheidung offensichtlich nicht ganz leicht. Die indische Konzeption, noch weitere 19 Staaten, darunter alle afrikanischen Länder der französischen Gemeinschaft sowie einige europäische Länder einzuladen, ist auf der Strecke geblieben. Was die Europäer betrifft, dürfte der negative Ausgang bereits Ergebnis diplomatischer Fühlungsnahmen gewesen sein, denen zufolge Einladungen erst gar nicht mehr erwogen worden sind, weil schon im voraus feststand, Schweden, Österreich, Finnland und Irland würden sie doch nicht annehmen. Die Nichtberücksichtigung der afrikanischen Staaten dürfte dagegen massgeblich am Widerstand der die Konferenz vorbereitenden Staaten gescheitert sein, die ihr im Gegensatz zu Neu-Delhi ein ausgeprägteres politisches Profil geben wollen.

Demgemäss wird es Belgrads Aufgabe sein, nun offiziell noch acht weitere Staaten - Libanon, Obervolta, Nigeria, Togo, Brasilien, Bolivien, Ecuador und Mexiko - zur Teilnahme an der Blocklosenkonzferenz einzuladen. Vorläufig weiss man nur, dass der Libanon die Einladung mit Sicherheit annehmen dürfte. Wie die übrigen Afrikaner reagieren, dürfte nicht zuletzt durch Erwägungen und ihr Verhältnis zu den führenden blocklosen afrikanischen Mächten Ghana und Guinea bestimmt sein.

Interessanter, weil weltpolitisch bedeutender, wird es jedoch sein, ob es der politischen Idee der koordinierten Blockfreiheit gelingt, im lateinamerikanischen Raum Fuss zu fassen. Mexiko hatte ja bereits die Teilnahme an der Vorbereitungskonferenz abgelehnt, Brasilien nur einen Beobachter entsandt. Es ist in Belgrad kein Geheimnis, dass die USA einen beträchtlichen politischen Druck auf die für die Konferenz in Frage kommenden südamerikanischen Staaten ausüben sollen, um ihre Teilnahme zu verhindern. In diesem Zusammenhang fand in der hiesigen Öffentlichkeit eine geharnischte Reaktion des brasilianischen Präsidenten Quadros auf die versuchte nordamerikanische Einflussnahme grösste Beachtung.

Dies besagt noch nicht, dass Brasilien und die anderen einzuladenden lateinamerikanischen Staaten tatsächlich am 1. September in Belgrad vertreten sein werden. Gleichviel, vertirgt man schon heute in der jugoslawischen Hauptstadt die Verständnislosigkeit über Washingtons Haltung gegenüber der geplanten Demonstration der blockfreien Welt nicht. Manchmal weist man darauf hin, dass gerade infolge des durch amerikanischen Druck verursachten möglichen Ausbleibens mancher gemässigerer Staaten das erreicht werden könnte, was die USA offensichtlich fürchten: eine stärkere antiwestliche Radikalisierung der Konferenz der Blocklosen.

Die wenigen Sommerwochen, die Belgrad noch vor dem bedeutenden Konferenzereignis trennen, werden zweifellos intensiv zur Durchsetzung der jeweiligen Ansichten genutzt werden. Was das Ergebnis sein wird, wird sich schon bald erweisen.

Lektion für die FDP

Von Lothar Schwartz, Mainz

Die mit Koalitions-Scheuklappen in den Wahlkampf steuernden Freien Demokraten müssen sich nicht nur laufend von Adenauer und seinen nicht minder hermungslosen Wahlkampfstrategen schulmeistern und in ihren irrationalen Vorstellungen von "echter Partnerschaft" in einem künftigen Bonner Kabinett bis zur Brückierung ernüchtern lassen, sie bekommen auch bei ihrem wahltaktischen liberalen Höhenflug noch höhnisch die zur Servilität entartete "Koalitionstreue" einzelner Landesverbände auf's Brot geschmiert. Dies besorgte in kaum noch zu überbietender Deutlichkeit die Hauspostille der rheinland-pfälzischen CDU in ihrer Juli-Ausgabe. Die sonst ziemlich dünne "Stimme der Union" eroberte sich über die Ambitionen der FDP, bei der nächsten Kabinettsbildung eventuell als "Zünglein an der Waage" einen stärkeren Einfluss auf die Gestaltung der Bonner Politik auszuüben, als er dieser Partei stimmenmässig zustehe. Dem FDP-Spitzenreiter Dr. Mende wird mit harten Worten angekreidet, dass er bei einem Besuch in Altmeiers Hauptstadt Mainz derartige Vorwürfe des Bundesausenministers von Brentano ziemlich heftig zurückwies und mit CDU-fremden Interpretationen des Koalitionsbegriffes aufwartete.

"Es ist ein seltsamer Zufall," so rügt die unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinende Postille für CDU-Mitglieder, "dass die Freien Demokraten gerade in Mainz so abwegige Auffassungen vom Wesen einer Koalition durchblicken liessen, während sie in der hier seit zehn Jahren bestehenden Koalition (mit der CDU) doch ein praktisches Beispiel gegeben haben, wie man es richtig macht."

Ist es selbstherrliche Ignoranz oder tiefender Hohn, der aus diesem Satz einer kanzlerergebenen Feder spricht? Denn wie haben es die Freien Demokraten im rheinland-pfälzischen Landtag "richtig gemacht"?

Einige Beispiele aus der gegenwärtigen Legislaturperiode: sie haben die Konfessionalisierung der Kultur- und Schulpolitik sowie die gleichartigen Bestrebungen in der Erwachsenenbildung unterstützt, sie haben die zahlreichen SPD-Initiativen zugunsten einer besseren Finanzausstattung der Gemeinden, zur Behebung des Lehrermangels und zur Sicherung einer simultanen Lehrerbildung abwürgen helfen und sie haben trotz eigener bitterer Erfahrungen mit den Methoden zur Aufsplitterung von Gemeinschafts- in Bekenntnisschulen dem Haushalt des Ministeriums für Unterricht und Kultus zuestimmt.

In der letzten Landtagssitzung vor den diesjährigen Parlamentsferien hatte der FDP-Abgeordnete Julius Kranzbühler (Speyer) den seltenen Mut gefunden, im Namen seiner Fraktion und im Gegensatz zur CDU einen SPD-Antrag auf eine Übergangslösung für ein Pflegegeld für Zivilblinde bis zum Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes nachdrücklich zu begrüssen und für die Abstimmung die FDP-Unterstützung zuzusagen. Strafende, missbilligende Blicke aus den CDU-Bänken brachen in 30 Sekunden das FDP-Rückgrat: ausser Kranzbühler

stimmten nur noch zwei seiner neun Fraktionskollegen im angekündigten Sinne ab.

Und das alles wegen eines einzigen Ministerseils! Wenn solches Verhalten von der CDU als "brav" und als Vorbild für ähnliche Koalitionskonstellationen auf Bundesebene gelobt wird, dann müssten die Freien Demokraten eigentlich wissen, weran sie sind und was ihnen unter der viel härteren Fuchtel Adenauers droht. Es soll aber schon anderen Parteien gegeben haben, die mit offenen Augen ins Verderben gelaufen und um den Preis weniger und unbedeutender Kabinettsstize verschlissen worden sind.

+ + +

Verdiente Würdigung

ler - Von allen Reden, die anlässlich des 20. Juli gehalten wurden, verdient wohl die Gedenkansprache des Generalinspektors der Bundeswehr, General Friedrich Förtsch, vor dem Wachbataillon der Bundeswehr in Siegburg die stärkste Beachtung. Die Männer des Widerstandes hätten ihren Fahnenzeid gebrochen und ihren soldatischen Gehorsam aufgekündigt "mit dem Recht derer, die den Bösen widerstehen".

Das ist ein grosses, den Kern des Widerstandes erfassendes Wort, wohl geeignet, ein für allemal die Diskussion darüber zu beenden, ob die Männer des 20. Juli "zu recht oder zu unrecht" gehandelt hätten. Sie sind für Deutschland und jene höhere Sittlichkeit gestorben, die über alle Menschen und Völker waltet und die das Dritte Reich so furchtbar missachtet hat.

Die Bedeutung des Opferganges der Männer des 20. Juli und aller jener, die Widerstand leisteten, dem Unrechtsstaat sich widersetzen, wurde nicht immer anerkannt. Es gibt auch heute noch Unbelehrbare in unserer Volke, denen der wegweisende Sinn dieses Tages verschlossen bleibt. Ihnen ist nicht zu helfen. Viel entscheidender und erfreulicher ist die unbestrittene Tatsache, dass mit wachsendem Abstand vom 20. Juli 1944 das Helden- und Märtyrertum jener Männer und Frauen sich immer stärker im Bewusstsein unseres Volkes verankert. "Nur d e r Staat darf von seinen Bürgern Gehorsam fordern, in dem Recht und Gerechtigkeit herrschen", sagte Förtsch zu den Soldaten.

In diesem Satz liegt die Verpflichtung für jedermann, wachsam zu sein und mit dazu beizutragen, dass sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen. Heute, angesichts der Bedrohung neuer totalitärer Mächte brauchen wir die Besinnung auf das, was den sittlichen Gehalt einer Staatsordnung ausmacht, nötiger denn je. Nur in dem gleichen Geiste, der die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes besesselt, sie zu hohen und höchsten Opfern anspornte, werden wir die Gefahren von heute abwehren können. Dem Bösen zu widerstehen - dazu waren schon immer die Besten aufgerufen. Ungezählte haben im Dritten Reich dem Bösen widerstanden und gaben damit ein Vorbild, das in die Zukunft leuchtet.

+ + +

Aus dem Zeitgeschehen ...

Entgleisungen

Begonnen hatte die Kundgebung, was nicht die Schuld Adenauers und seiner Begleitung war, etwas peinlich. Ein Sprecher setzte vor seine Huldigung eine Reihe von Fragen, deren Stil an Sportpalastkundgebungen des Josef Goebbels erinnerte. "Soll Wehner Deutschland regieren?" Chor der 20 000: "Nein". "Wollt Ihr, dass Deutschland sozialistisch wird?" Der Chor brüllte: "Nein". Bis wir das hörten, hatten wir geglaubt, im freien Deutschland würde es nach der Erinnerung an die Methoden der NS-Propaganda keine Rückfälle in die vulgärste und gefährlichste Form der Demagogie mehr geben. Zugegeben, die Sache war in den Reihen um Adenauer vielen peinlich, aber die 20 000 haben gebrüllt. Sie hatten damit ihren später bei Adenauers Rede verständlichen Beifall sehr entwertet. Wir gestehen, dass wir sehr nachdenklich wurden. Von der Nähe der Redner-Tribüne aus gesehen, war es nicht nur eine vortrefflich organisierte, sondern auch eine sympathische Versammlung und doch gebärdete sie sich einige Minuten wie die Teilnehmer jener gespenstischen Sportpalastversammlung, auf der Goebbels fragte: "Wollt ihr den totalen Krieg?" Mag sein, die 20 000 in Frankfurt hätten auch auf die Frage: "Wollt Ihr Tulpen" brüllend mit Nein geantwortet. Das würde die Sache nicht einfacher machen. Ausgehend von der Berichterstattung über viele Kundgebungen mit jungen Deutschen, zeigt der Chronist zu der Sorge, dass die Anfälligkeit für Propagandamethoden des braunen und roten Faschismus in der Bundesrepublik nicht gerade gering ist. Adenauer meinte auf einer anderen Wahlkundgebung, im Falle eines SPD-Wahlsieges sollte man am besten nach den USA auswandern. Der alte Herr hat das gewiss nicht so gemeint, denn er würde sonst behauptet haben, dass in der parlamentarischen Demokratie nur die Herrschaft einer Partei für den Bürger zumutbar ist, aber es würden wohl viele aufrechte Menschen Deutschland verlassen, wenn über ernste Fragen ("Wollt ihr jeder eine Atomombe?") im Stil des Frankfurter Vorspiels diskutiert werden sollte."

"National-Zeitung" Basel vom 16. Juli 1961 zur Frankfurter CDU-Kundgebung.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel